

Aufruf zur Demonstration

«Nein zur NATO - Ja zum Frieden!»



Bellinzona, 15. März 2025

Largo Elvezia, 14:30 Uhr

Die NATO ist kein Verteidigungsbündnis: Halten wir uns raus!

Die NATO ist ein aggressives Militärbündnis im Dienste der atlantischen Unipolarität, das wiederholt Kriege, „Farbrevolutionen“ und Putsch verurteilt hat. Mit ihrer kontinuierlichen Expansion, insbesondere im eurasischen Raum, ist sie in der Tat für die derzeitige Eskalation der internationalen Spannungen und die Gefahr eines dritten Weltkriegs verantwortlich. Mit einer hinterhältigen „Salamitaktik“ führt uns der Bundesrat (direkt oder indirekt) zum NATO-Beitritt und zur Aufhebung unserer Neutralität. Die technologischen Zwänge der Waffensysteme der Schweizer Armee machen uns von der NATO abhängig und der „Sky Shield“ macht uns zur Zielscheibe für alle Feinde der USA. Als ob das nicht schon genug wäre, möchte Armeechef Thomas Süssli sogar unsere Wehrpflichtigen ins Ausland schicken.

Mobilisieren wir uns für den Frieden und die Schweizer Neutralität!

Während in Europa davon die Rede ist, die Reservisten einzuberufen, die Bevölkerung auf einen militärischen Konflikt gegen Russland (und morgen gegen China?) vorzubereiten und ein wahnsinniges Wettrüsten zu schüren, um einen blutigen Krieg fortzusetzen, sind wir, die Unterzeichnenden, die für eine multipolare Welt eintreten, die von einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen souveränen Nationen und der Freundschaft zwischen den Völkern geprägt ist, überzeugt, dass nur eine neutrale, bündnisfreie Schweiz mit einer wirklich unabhängigen Aussenpolitik einen Beitrag zu Frieden und Diplomatie leisten kann.

Wir gehen deshalb auf die Strasse und fordern, dass die Schweiz:

- ihre Neutralität und ihre Bereitschaft zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten bekräftigt: Dazu gehört auch, dass sie sich nicht an einseitigen Militärbündnissen beteiligt, sich nicht an bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligt, keine nichtmilitärischen Sanktionen und Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten ergreift und keine Zivildienstleistende diskriminiert.
- jede militärische, politische und akademische Zusammenarbeit mit der NATO und ihren Instituten einstellt. Insbesondere verzichtet sie auf die Mitgliedschaft im „Sky Shield“ und die Teilnahme an der „Permanent Structured Cooperation“ (PESCO);
- den defensiven Charakter der Streitkräfte gewissenhaft bekräftigt und die Soldaten, die sich derzeit im Rahmen von NATO-Missionen im Ausland aufhalten (wie dies bei der KFOR der Fall ist), repatriert und auch die jüngste föderale Verordnung über die internationale militärische Zusammenarbeit überarbeitet, die den NATO-Truppen die Durchreise durch unser Hoheitsgebiet erleichtert;
- auf eine Lockerung der Bestimmungen zur Verhinderung der Wiederausfuhr von Kriegsmaterial, insbesondere in Länder, die in Kriege verwickelt sind, verzichtet und die Finanzierung der Rüstungsindustrie verbietet (angefangen bei der Nationalbank und den Pensionskassen).

